

Themen in dieser Ausgabe:

- Der Rat hat 2 Beigeordnete gewählt
- Zahl der U3-Plätze bis 2012 verdoppeln
- Frühe Förderung von Kindern in Bonn
- Forderung nach einem Schülerticket für Grundschüler
- Kinder in Notsituationen
- Modellprojekt Sekundarschule
- Wettbewerb „Ohne Eis kein Bär“
- Ehrenamtskarte
- Diamorphinvergabe 2008
- Freiwilligenagentur Bonn
- Integrationskonferenz
- Spenden nach der Ehrenordnung
- Arbeitsplätze haben oberste Priorität
- Farbgestaltung Kennedybrücke
- Schiffsanleger für Flusskreuzfahrten
- Metropol
- Bonn hat gute Freunde - Bundeszuschuss für das „Beethoven-Festspielhaus“

Der Rat hat gewählt - Verwaltungsvorstand bald wieder komplett

Einstimmig hat der Rat bei ganz wenigen Enthaltungen, die Dezernenten für Familie und Planung, Angelika Wahrheit und Werner Wingefeld, gewählt. Am 26. November 2007 konnte endlich gewählt werden, nachdem die einstweilige Verfügung der Grünen beim Verwaltungsgericht in Köln und beim Oberverwaltungsgericht in Münster gescheitert war. Die Grünen blieben indes stur - sie sahen sich nach wie vor im Recht und nahmen an der Abstimmung nicht teil. Ihr Verhalten löste allseits Kopfschütteln aus.



Wilfried Klein: "Wem politisch nichts mehr einfällt, der flüchtet sich in einen Rechtsstreit. Wir rufen die Grünen zur Rückkehr zur Sacharbeit auf. Die Gerichtsurteile sind eine klare Niederlage für den Kurs der grünen Ratsfraktion. Es gibt genug zu tun im Rat und seinen Ausschüssen und nicht vor Gericht."



Angelika Maria Wahrheit, 1957 in Darmstadt geboren, arbeitet derzeit für die sächsische Landesregierung, wo sie dem Leitungsstab des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vorsteht. Ihre Karriere startete Wahrheit mit einem Zeitungsvolontariat und war dann jahrelang als Journalistin tätig. Anschließend koordinierte sie als stellvertretende Büroleiterin des damaligen Chefs der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, Entscheidungen in der Leitungsebene. Vor ihrem Wechsel nach Dresden schließlich war sie Pressesprecherin des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW.

Neuer Baudezernent ist Werner Wingefeld aus Aachen. Er ist zurzeit Leiter des Planungsamts der Stadt Aachen, einer Stadt mit rund 250 000 Einwohnern. Er studierte Architektur in Aachen und sammelte unter anderem in Frankfurt Erfahrungen auf den Gebieten Stadtentwicklung, Stadtplanung und Umweltschutz.



Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn gratuliert den beiden Beigeordneten zur Wahl und wünscht ihnen eine glückliche Hand bei ihren neuen Aufgaben.

CDU und SPD beantragen die Anzahl der U3-Plätze bis 2012 zu verdoppeln

SPD- und CDU-Fraktion beantragen, den Ausbau der U3-Plätze bis 2012 auf 40 % zu forcieren. Gebraucht wird ein breiteres und individuell zugeschnittenes Betreuungsangebot für Kinder.

In dem Antrag wird die Bereitstellung der notwendigen städtischen Haushaltsmittel und das Bemühen um Landes- bzw. Bundesmittel auf den Weg gebracht. Auch sollen die Angebote von Tagesmüttern und -Vätern mit einbezogen werden, sofern sie der Qualitätssicherung durch das Bonner Netzwerk unterliegen. Insbesondere in der U3-Betreuung legen SPD und CDU Wert auf einen hohen Standard. Dies betrifft sowohl den Betreuungsschlüssel als auch die materielle Ausstattung von Einrichtungen. Private Anbieter in der Kinderbetreuung müssen diesen Qualitätsstandard ebenfalls als verbindlichen Maßstab akzeptieren. Mit der Ganztagsbetreuung auf allen Ebenen, auch im U3-



Bereich, sollen zwei Ziele verbunden werden: Die Vereinbarkeit von „Familie und Beruf und mehr

Chancengerechtigkeit“, also eine bessere Bildung und ein erfolgreicher Start ins Leben für alle Kinder, unabhängig ihrer Herkunft, davon sind SPD und CDU überzeugt.

Antrag unter: http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712819.htm

Kinder sind in Bonn willkommen – Antrag der SPD-Fraktion zur frühen Förderung von Kindern

Die SPD-Fraktion möchte, dass Bonner Neugeborene von der Oberbürgermeisterin begrüßt werden und Eltern zur Geburt eines Kindes ein Begrüßungspaket erhalten. Das Paket soll vor allem gebündelte Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten enthalten.



Kinder in Notsituationen - Antrag von SPD und CDU

Bonn hat ein gut ausgestattetes und umfassendes Bildungsangebot für die Kinder und Jugendlichen, aber es besteht Förder- und Handlungsbedarf, insbesondere für Kinder und Jugendliche in Notsituationen.

Deshalb wird die Verwaltung u. a. beauftragt, Konzepte vorzulegen, die im Vorgriff auf ein noch vorzulegendes Gesamtkonzept eine Bezuschussung für ein warmes Mittagessen für Kinder im Vorschulbereich beinhalten, deren Eltern Anspruch auf einen Bonner Ausweis haben.



Die Verwaltung informiert im nächsten Jugendhilfeausschuss über verschiedene Möglichkeiten einer finanziellen Unterstützung, die damit verbundenen investiven Mittel und die notwendigen Schritte, diese Unterstützung einzuleiten. Die freien Träger werden aufgerufen und eingebunden, um diese Initiative zu unterstützen und auch finanziell mit zu tragen“.

Anträge:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712957.htm

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712957AA3.htm

Namen und Telefonnummern, Kontaktmöglichkeiten und Terminangaben sollen vermittelt werden. In dem Antrag der SPD-Fraktion wird auch eine stärkere Einbindung von Hebammen in eine vernetzte Arbeit mit dem Jugendamt und Kinderärzten gefordert.

Geprüft werden soll auch ein Modell von Familienhebammen“ für Bonn.

SPD-Fraktion hält an der Forderung nach einem Schülerticket für Grundschüler fest

Eine Forderung im Wahlprogramm der SPD war, sich für eine Änderung des Tarifsystems beim Schülerticket einzusetzen, um für Kinder zwischen 6 und 10 Jahren eine Verbesserung zu erreichen. Im November 2006 hat die Fraktion in einem Antrag die Verwaltung gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die „Gerechtigkeitslücke“ bei der Übernahme der Fahrtkosten der Grundschüler zu schließen und mit den Stadtwerken in Verhandlung zu treten, um eine Preisreduzierung für die SchülerInnenfahrkarten zu erreichen. Eine VRS-interne Arbeitsgruppe prüft, welche Möglichkeiten bestehen, um diesem Ziel näher zu kommen. In Kürze wird diese Arbeitsgruppe erste Ergebnisse einer möglichen Preiskalkulation für ein Grundschülerticket, angelehnt an das Fakultativmodell der weiterführenden Schulen, vorlegen. Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Auch nach dem Bericht bleibt die SPD-Fraktion am Ball und hält an ihrer Forderung nach einem Ticket für GrundschülerInnen fest.“

Anträge:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0612827AA4.htm

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0612827NV7.htm

Antrag der SPD-Fraktion:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712818.htm

Ernesto Harder, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: "Die SPD-Fraktion möchte mit diesem Angebot jungen Eltern helfen, mit der neuen Situation, die die Geburt eines Kindes mit sich bringt, besser klar zu kommen und ihnen zeigen, dass es viele Möglichkeiten gibt, bei Problemen Hilfe und Unterstützung zu erfahren."

„Stadthausgespräch vor Ort“ in der Theodor-Litt-Schule

Länger gemeinsam lernen - das ist das Angebot der Sekundarschule. Eine Schule in der erst später eine Differenzierung erfolgt und die den Kindern gleiche Chancen eröffnet. Das war die mehrheitliche Meinung vieler Eltern, die am 27.11.2007 zu dem „Stadthausgespräch vor Ort“ gekommen waren.

Gieslint Grenz, schulpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, **Renate Hendricks**, Bonner SPD-Landtagsabgeordnete, **Christel Memering**, Konrektorin der Theodor-Litt-Schule und **Hubert Zelmanski**, Leiter des Schulamtes der Stadt Bonn, stellten das Modell Sekundarschule vor. Moderiert wurde die Diskussion von **Ernesto Harder**, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

„Die Sekundarschule ist die Bonner Antwort auf das Anliegen vieler Eltern ihre Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen und nicht schon mit neun oder zehn Jahren ihren Ausbildungsweg und ihre Chancen durch eine Schulformempfehlung festzulegen und einzuengen. Angesichts der Verhinderungskonzepte der Bezirksregierung und der Landesregierung bezüglich der Neugründung von Gesamtschulen im Ganztagsbetrieb musste Bonn nach einem neuen Weg su-



chen der dem Elternwillen entspricht“, so Gieslint Grenz, in ihrem Eingangsstatement. Eindringlich schilderte **Christel Memering** die Lage der Hauptschulen. „Die Hauptschule ist eine Sackgasse.

Schönreden hilft nicht. Das dreigliedrige Schulsystem ist überholt. Es entspricht nicht mehr den bildungspolitischen Notwendigkeiten. Eltern wollen für ihre Kinder Chancengleichheit.“ Engagiert will sie die Sekundarschule angehen, die für die Jugendlichen viele Möglichkeiten bietet. **Hubert Zelmanski**, Leiter des Schulamtes der Stadt Bonn, stellte ausführlich die Inhalte und die Möglichkeiten vor, die die Sekundarschule beinhaltet. Die Bonner SPD-Landtagsabgeordnete **Renate Hendricks** berichtete, wie groß der Druck in der Bildungslandschaft NRW, nicht nur in Bonn, ist. Landauf, landab stimmen Eltern gleich ab: Weg von der Hauptschule und weg vom dreigliedrigen Schulsystem. Viele Kommunen, auch CDU-geführte, haben Anträge auf Verbund-, Gemeinschafts-, Gesamt- oder Modellschulen beim Land gestellt. Alle wurden bislang stets aus ideologischen Gründen abgelehnt. Bonn hat jedoch eine gute Chance auf Genehmigung.

„Denn das Bonner Schulamt hat alle von der CDU/FDP geführten Landesregierung aufgestellten Kriterien für Modellprojekte abgearbeitet und erfüllt. Formal kann der Bonner Antrag nicht abgelehnt werden.“

Weitere Informationen zum Modellprojekt Sekundarschule: <http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/meldungen/5235/50470.html>

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn ehrt Kinder und Jugendliche im Museum Koenig

Am 15. November 2007 wurden die Preisträger des Wettbewerbs „Ohne Eis – kein Bär“ geehrt. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn prämierte Arbeiten von Kindern und Jugendlichen, die sich mit den Themen Klimaschutz und Artenvielfalt auseinandersetzten. Besonders schön war, dass die Preisverleihung im Museum Koenig stattfinden konnte. Professor Dr. Wolfgang Böhme, stellvertretender Direktor des Museums Koenig, begrüßte die stolzen Preisträgerinnen und Preisträger und erzählte über die Geschichte und die Arbeit des Museums.

Die Preisträgerinnen und Preisträger des Klimaschutzwettbewerbs sind: 1. Preis: Emilie-Heyermann-Realschule für das „Energiespar-Projekt 50/50“.



2. Preis

Zwei 2. Preise wurden vergeben an Patrick Schüller, Timo Schauer, Florian Antes und Florian Wiesel vom Konrad-Adenauer-Gymnasium Bonn und die Klasse 10 c der Christophorus-Schule Bonn. Drei 3. Preise gab es



für den Arbeitskreis

Frühpädagogik Bad Godesberg, das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim und den Bonner Verein für Jugendförderung.

Wilfried Klein, Vorsitzender der

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, lobte Kreativität und Engagement der Kinder und Jugendlichen. Sie seien es, die heute und in Zukunft die Konsequenzen heutiger Entscheidungen tragen müssten. Ihr Bewusstsein für Klimaschutz und Artenvielfalt sei von großer Bedeutung. Deshalb unterstütze die SPD-Fraktion im Rahmen der Ehrenordnung des Stadtrates in diesem Jahr Projekte von Umweltinitiativen von Kindern und Jugendlichen.

Bilder unter: <http://spd-bonn-im-rat.de/.net/galerie/13156/1936.html>



Ehrenamts-card

SPD- und CDU- Fraktion hatten im Frühjahr 2007 einen Antrag eingebracht, in dem die Verwaltung gebeten wurde zu prüfen, unter welchen Bedingungen eine Ehrenamts-card für langjähriges ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern eingeführt werden kann.

Im Zuge dieser Prüfung wurde der Verwaltung bekannt, dass das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI NRW) sich derzeit intensiv mit der Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte befasst.

Das Projekt soll in Nordrhein-Westfalen mit ca. zehn interessierten Kommunen als „Pilotgruppe“ starten. Die Bonner Sozialverwaltung hält das Vorhaben des MGFFI für sehr interessant und strebt eine Teilnahme der Stadt Bonn schon in der Pilotphase an.

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710270.htm

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710270NV4.htm

Infos unter:

<http://www.freiwilligenagentur-bonn.de/>

Diamorphinvergabe ab 2008

Mit erheblichen Mitteln fördert die Stadt Bonn auch im Jahr 2008 die Weiterbehandlung der 35 Bonner Diamorphinpatienten/innen, die sich noch in Behandlung befinden. Bis zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die legale und dauerhafte Behandlung Schwerstopiatabhängiger unter ärztlicher Aufsicht und psychosozialer Betreuung sehen sich Rat und Verwaltung in der Pflicht, die Behandlung fortzusetzen. Dafür sind in Fortführung des Ratsbeschlusses vom 13.06.2007 vorerst für den Zeitraum 01.01. – 31.12.2008 Mittel in Höhe von 613.720,- € zur Weiterbehandlung der Diamorphinpatienten/-innen abzüglich eventueller Beteiligungen durch Bund Land NRW oder Kassenärztliche Vereinigung bereitzustellen. Weitere Informationen unter:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0711700NV6.htm

Freiwilligenagentur Bonn

Die SPD-Fraktion begrüßt die Freiwilligenagentur der Stadt Bonn. Ziel der Freiwilligenagentur ist es, eine Plattform zu schaffen, auf der Freiwillige eine Vielzahl von Engagementmöglichkeiten finden und Organisationen die Gelegenheit haben, ihre Anliegen und ihren Bedarf vorzustellen. Eine möglichst passgenaue Vermittlung wird von einer umfassenden persönlichen Beratung begleitet werden.



Integrationskonferenz - SPD: Integration als dynamischen Prozess gestalten

„Die Integrationskonferenz am 8. November 2007 markiert den Beginn eines offenen Dialoges aller mit Integrationsfragen Beschäftigten, insbesondere aber der Betroffenen selbst“, so Adi Eickhoff, Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn im Integrationsrat. Öffentliche Einrichtungen, Vereine, Betriebe und nicht zuletzt die Menschen mit Migrationshintergrund selbst sind hier gefordert und werden harte Arbeit zu leisten

Ernesto Harder, stellvertretender Vorsitzender der Bonner SPD und einziges Ratsmitglied mit Migrationshintergrund: „Es gibt den Entwurf eines Integrationskonzeptes und zahlreiche Stellungnahmen, aber: Integration und Partizipation sind gelebte Prozesse, die sich stets neu an realen Lebensbedingungen ausrichten und damit stetig entwickeln müssen.“

haben. Diesen Prozess wird die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn begleiten. Ihre familien-, bildungs-, kultur- und wirtschaftspolitischen Ziele wird sie daran ausrichten. Integration ist keine ausschließlich sozialpolitische Herausforderung. Sie umfasst alle Bereiche unserer Gesellschaft. Die SPD-Fraktion freut sich in diesem Zusammenhang auch auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit Coletta Manemann, die im nächsten Jahr die Integrationsarbeit innerhalb der Verwaltung koordinieren wird.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn spendet in diesem Jahr wieder nach Geldern der Ehrenordnung. Darunter sind der Kinderhilfsfonds der AWO-Bonn/Rhein-Sieg und ROBIN GOOD. Beide erhalten je 1000 Euro.

Infos über die AWO-Bonn-Rhein/Sieg unter: www.awo-rheinsieg.de

Robin good ist ein gemeinsamer Familienfonds von Caritas und Diakonie, der Familien hilft, die in eine Notlage geraten sind. Mit den Mitteln aus dem Familienfonds »Robin Good« unterstützen der Caritasverband und das Diakonische Werk benachteiligte Kinder und Jugendliche aus der Region Bonn konkret und unbürokratisch – unabhängig von Nationalität, Geschlecht oder Religionszugehörigkeit.

Mehr über Robin good unter: <http://www.familienfonds-robin-good.de>



SPD: Arbeitsplätze haben für uns oberste Priorität

In den letzten Jahren verstärken sich die Diskussionen besonders über die bauliche und infrastrukturelle Weiterentwicklung der Stadt. War es noch beim Bau des Post-Towers eine kleine Minderheit, die den Bau ablehnte, zeichnen sich immer heftigere Diskussionen bei anderen Projekten ab. Zu nennen sind dabei: der Bahnhofsvorplatz, der Umbau des alten Stadthauses, die Nutzung des Metropolis, die Kurfürstenallee oder die Zukunft der Hallenbäder in Bonn. (Bahnhof - Grüne,



BBB, CDU; Bottlerplatz - Grüne, BBB, CDU; Metropol - Grüne, BBB, FDP). Projekte werden verhindert, weil zu viele Leute in der Stadt nicht verstehen, dass Struktur-

wandel ein ständiger Prozess ist. Sie halten ihn für abgeschlossen und legen die Hände in den Schoß.

Es ist festzuhalten, dass sich Bonn nach dem Umzugsentschluss positiv zu einem modernen Dienstleistungsstandort gewandelt hat. Die Zahl der Beschäftigten ist gestiegen. Bonn ist der Arbeitsplatzmotor der Region. Immer mehr in Bonn Arbeitende wohnen nicht im Stadtgebiet. Allein 58% aller Arbeitsplätze in Bonn werden von Pendlern inne gehalten. Eine Mehrheit der in Bonn lebenden Bürger hat für die private Lebensgestaltung andere Prioritäten gesetzt als die direkte Sicherung ihres Lebensunterhaltes.

Anders als zu Regierungszeiten sind heute viele Arbeitsplätze – besonders bei den ehemaligen „Staatsunternehmen Telekom und Post“ – nicht mehr auf Lebenszeit garantiert. Die Ausgliederung von Unternehmensteilen, die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Auffanggesellschaften (Beisp. Vivento), die Diskussion um Mindestlöhne sind nur einige Punkte, die zeigen, dass der ständige wirtschaftliche Wandel

für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch die Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen bedeutet. Längst sind viele frühere, normale Arbeitsplätze den 400-Euro-Jobs gewichen oder anderen Arbeitsverhältnissen, bei denen das Risiko stärker auf den Arbeitnehmer verlagert wird. Dies zwingt viele Arbeitnehmer in den unteren Einkommensgruppen zu Mehrfachjobs. Längst ist der Zweitjob notwendig, um angesichts steigender Lebenshaltungskosten über die Runden zu kommen.

Deswegen müssen im politischen Handeln die Prioritäten noch stärker herausgearbeitet werden. Wir brauchen

Investoren, die bereit sind, Geld in neue Projekte zu investieren. Dies bedeutet die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen,

z.B. ehemaliges Regierungsviertel – Schaffung von 2000 weiteren Arbeitsplätzen für die Post Campus Zwei,

viele Dienstleister im Umfeld von Post und Telekom, Rheinwerk in Oberkassel, World Conference Center Bonn.

Dies gilt auch für die Innenstadt: Nur wenn im Konkurrenzkampf mit den umliegenden Städten, allen voran Köln, die Attraktivität erhalten bleibt, sichert dies z.B. im Einzelhandel wichtige Arbeitsplätze.

Fazit: Investoren sind notwendig, wenn die Kommune selber dies nicht übernehmen kann. Sie sind Partner und nicht Gegner für die städtische Entwicklung. Die Stadt hat dabei die Aufgabe, das allgemeine Interesse mit den Zielen der Investoren in Einklang zu bringen.

Das Pressegespräch mit Martin Schilling, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, ist zu finden unter :

<http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/meldungen/5235/50199.html>



Farbgestaltung der Kennedybrücke

Für die SPD-Ratsfraktion war es von Anfang an selbstverständlich, dass die Entscheidung zur Farbgestaltung der Kennedybrücke im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden soll. Die SPD-Fraktion hatte dazu eine Online-Umfrage gestartet. Darüber hinaus veranstaltete die Beueler SPD, gemeinsam mit der CDU, eine Bürgerversammlung. Die Meinungen über die Farbgestaltung gingen weit auseinander. Deshalb zog man in der letzten Sitzung des Projektbeirates einen Fachplaner für Farb- und Stadtgestaltung hinzu, der die Vor- und Nachteile der verschiedenen Farbvor schläge erläuterte. Im Bau- und Vergabeausschuss einigte man sich darauf, dass die Brücke nun einen grünen Farbanstrich erhalten soll.

Mehr dazu unter: http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712437EB7.htm

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712437ST6.htm

Schiffsanleger für Flusskreuzfahrten



Es gibt mehrere Anfragen nach einem Schiffsanleger für Fluss-Kreuzfahrtschiffe die in City Nähe liegen. Die SPD-Fraktion bittet in einer Großen Anfrage die Verwaltung, die Voraussetzungen zur Schaffung eines Schiffsanlegers eingehend zu prüfen und die politischen Gremien möglichst kurzfristig über das Ergebnis zu informieren.

Wichtig ist eine Anlegemöglichkeit in Innenstadt-Nähe, da der Shopping- und Beethoven-Tourismus dabei im Vordergrund steht. Nach vorsichtigen Hochrechnungen soll es möglich sein, jährlich mindestens ca. 25.000 Touristen aus dem Ausland zusätzlich nach Bonn zu holen. Dies macht

deutlich, dass Bonn als Reiseziel für den klassischen Tourismus immer attraktiver wird. Diese Chance sollte genutzt werden.

Anfrage unter:

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712782.htm

http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0712782ST2.htm

Metropol

Im Streit um das Metropol sieht sich die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn durch das jüngste Gerichtsurteil in ihrer Position bestätigt. „Wir haben von Anfang an gesagt, dass das Metropol ein Denkmal ist. Darüber lagen wir, ebenso wie die Verwaltung, mit den neuen Eigentümern im Streit, die das anders gesehen haben. Das Gerichtsurteil hat daher unsere Position bestätigt“, stellt Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, für seine Fraktion klar. „Der politische Streit ging lediglich immer um die Frage, was denkmalrechtlich an baulichen und Nutzungsveränderungen im und am Gebäude möglich ist. Aber klar ist auch, was wir ebenfalls immer gesagt haben: Es geht nach Recht und Gesetz. Und das kann offensichtlich so falsch nicht sein.“

SPD: Die überregionale Bedeutung wird erkannt - Bonn hat viele gute Freunde

Nachdem die Finanzierungszusage der drei Dax-Unternehmen in Bonn schon dafür gesorgt hat, dass der Wunsch nach einem Festspielhaus in Bonn Realität werden kann, lässt der Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 15.11.2007, Bonn über 39 Millionen Euro für die Stiftung des neuen Festspielhauses zuzusagen, nun auch die dringend benötigten Mittel für die zukünftigen Unterhaltskosten realistisch erscheinen.

Die SPD-Ratsfraktion ist sich sicher, dass von diesem kulturpolitischen Höhepunkt die gesamte Region profitieren wird. Daher werden sich die SPD-Kulturarbeitskreise der Städte Bonn und Köln auch weiterhin dafür einsetzen, dass bei den konkreten Planungen der regionale Ansatz von Anfang an mit berücksichtigt wird.

„Beethoven ist eben mehr als nur der Sohn der Stadt Bonn. Sein Vermächtnis soll vor allem aber in Bonn – auch durch den neuen Konzertsaal – gewürdigt werden. Wir sind dankbar, dass der Bund unser kommunales Engagement würdigt und seinen Beitrag dazu leisten möchte. Nun hoffen wir auf das Engagement aus der Bürgerschaft und viele

Zustiftungen“, so Bärbel Richter, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.



Wilfried Klein: „Die Zusage über 39 Millionen Euro für die Stiftung des neuen Beethoven-Festspielhauses aus Bundesmitteln wird es uns ermöglichen, mit weiteren Zustiftungen ein tragfähiges Finanzierungskonzept für das Festspielhaus auf die Beine zu stellen. Dieser Beschluss würdigt die überregionale Bedeutung des Festspielhauses.“

Impressum: **BONN news**, November 2007

V.i.S.d.P.: SPD-Stadtratsfraktion, Ulla Lührs, Markt 2, 53111, Bonn, Tel.: 775101,

Internet: <http://www.spd-bonn-im-rat.de>, E-Mail: spd.ratsfraktion@bonn.de,